



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

493 (26.10.1923) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-209133](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-209133)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgebung in der laufenden Woche Nr. 1.000.000. Die monatlichen Bezüge verpflichten sich bei der Bestellung des Abonnements die während der Bezugszeit notwendigen Preisveränderungen zu bezahlen. Postfachnummer 17900. Karlsruher- u. Hauptpostämter Mannheim L. 2. 1. — Geschäftsstellen: Badischer Hof, Waldstr. 6. — Fernspr. Nr. 7041, 7042, 7043, 7044, 7045. Telegr.-Nr. Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweifach.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung oder mit Zuschlag für Sendungswertung; Allgemeine Anzeigen Grundzahl 400 x 600 (Schlüssel) des Vereins deutscher Zeitungsverleger 25.000.000 — 4.500.000.000. Für Anzeig. an bestimmt. Tagen Stellen u. Ausgaben wird keine Verantwortung über. hft. Gemalt. Streifen, Betriebsführung. ufm. berechnen zu seinen Erzeugnissen. für ausgefall. od. besch. Anzeigen od. f. vers. Aufnahmew. Anzeigen. Austr. d. Fernspr. od. Gewähr. Vertriebs. Mannheim

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Modezeitung — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung u. d. Mannheimer Musik-Zeitung

Deutscher Protest gegen General de Meis

Das Ziel der Franzosen

Nach den in Berlin und München eingegangenen Nachrichten soll trotz des ersten Mißerfolges heute (Freitag) nachmittags 4 Uhr die autonome Republik in Speyer ausgerufen werden. Zu dieser Stunde hat General de Meis eine Versammlung des Kreisrates und der Führer der politischen Parteien, der Gewerkschaften sowie der Vertreter von Industrie und Handel einberufen. Dieser Versammlung will der General die Verkündung der Volksrepublik erneut vorschlagen. Er soll diesen Plan auch dann durchzuführen entschlossen sein, wenn die Versammlung ihn ablehnt. Als feststehend muß angenommen werden, daß die Franzosen zielbewußt auf die Loslösung der Pfalz nicht nur von Bayern sondern auch vom Reich ausgehen. Die Reichsregierung hat ihren Gesandten in Paris, der bereits wegen der Vorgänge in Düsseldorf, Bonn und anderen Städten bei der französischen Regierung wiederholt vorstellig wurde, beauftragt, gegen das Vorhaben des Generals de Meis in der Pfalz Protest zu erheben.

Die Begründung der Franzosen

General de Meis hat einem Beamten der Pfälzischen Kreisregierung gegenüber erklärt, Bayern habe sich eines Verfassungsbruches schuldig gemacht. Als interessierte Zuschauer könne Frankreich nicht tatenlos beiseite stehen. Er müsse feststellen, daß die bayerische Staatshoheit in der Pfalz aufgehört habe und daß infolgedessen bayerische Beamte in der Pfalz nicht mehr amtieren könnten. Die Frage, ob diese Entscheidung von der Interalliierten Rheinlandkommission getroffen sei, verneinte General de Meis und erklärte, daß die Entscheidung von Tirard getroffen worden sei.

Einmütige Ablehnung!

Ueber eine gestern abend in Reustadt a. N. abgehaltene Versammlung der bürgerlichen Parteien berichtet der „Pfälzische Kurier“. Die Versammlung im Johannesgarten war überaus zahlreich besucht. Der stellvertretende Vorsitzende des Pfälzischen Kreisrates, Geheimrat Dr. Bayersdorfer, eröffnete die Versammlung mit einer längeren Erläuterung der Vorgeschichte der Währungsfrage sowohl als auch der Pfalzfrage. Hierbei bemerkte er u. a., daß bei der letzten Besprechung mit General de Meis der Wunsch ausgesprochen worden sei, daß die politischen Parteien ebenfalls Stellung zu der Frage der Verleibständigung der Pfalz nehmen wollten. Da die hierbei gestellte Kritik am Freitag vier Uhr abläufe, habe er sich für verpflichtet gefühlt, dem Wunsch des Generals zu entsprechen und sofort die weitesten Kreise der politischen Parteien an der heutigen Versammlung einzuladen.

Anschließend an diesen Bericht des Vorsitzenden wurde eine größere Kommission aus den Vertretern aller bürgerlichen Parteien gebildet, die sofort zu einer Besprechung zusammentrat. Nach halbständiger Beratung wurde dann die Hauptkommission wieder eröffnet und Geheimrat Bayersdorfer als als Niederschreiber dieser Besprechung folgende Erklärung ab:

„Wir, die Vertreter der bürgerlichen Parteien stehen auf dem Boden der Verfassung des Reiches und des Landes (Bavaria) und lehnen jeden Verfassungsbruch ab.“ (Langanhaltender Beifall.)

Ferner lasen gestern in Bruchsal folgende Beschlüsse der Pfalz. Diese lauten einstimmig folgendermaßen:

„Die Verfassung, die von den Vertretern aller politischen Parteien, erblickt in dem Vorhaben von Hoffmann, Kleeftot und Genossen einen offensichtlichen Verrat an der deutschen Sache. So, wie die Dinge jetzt liegen, ist Hoffmann, ob mit oder ohne seine Absicht, ein Werkzeug in der Hand des französischen Generals de Meis. Die Verfassung warnt alle Kreise der Pfalz, gleichgültig welcher Partei sie angehören mögen, dem Reichstagsabgeordneten Hoffmann, dessen Vorhaben übrigens von den maßgebenden Instanzen seiner eigenen Partei als das schärfste gebremst wurde, irgendwelche Gefährdung zu leisten. Selbst die Kommunisten haben eine scharfe Klage gegeben. Die kommunistische Partei im Stadtrat Ludwigsbafen hat den Antrag gestellt, Kleeftot seines Amtes als zweiter Bürgermeister zu entsetzen.“

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft der Pfalz hat an die Führer der Unabhängigkeitsbewegung die Forderung gestellt, die Bewegung sofort abbrechen.

Sozialdemokratische Abhüttelung Hoffmanns

Erreicherweise ist die Sozialdemokratie gewillt, Klarheit zu schaffen. Der Parteivorstand hat gestern ein Telegramm an den sozialdemokratischen Bezirksvorstand in Ludwigsbafen gerichtet, in dem es heißt: „Euchden dringend in Folgefrage Einvernehmen mit Koalitionsparteien herzustellen. Jegliche Maßnahmen, die auch nur indirekt französische Rheinlandpolitik unterstützen, sind unbedingt zu unterlassen.“

Auch der „Vorwärts“ erklärt jetzt etwas kleinlaut, daß man die Verhandlungen mit dem französischen General über diese rein innerdeutsche Angelegenheit nicht gutheißen könne, auch wenn sie in der besten Absicht geführt würden, den Interessen des Reiches zu dienen. Wahrscheinlich habe sich der Abg. Hoffmann in eine Situation verkannt, in der er tatsächlich ein Gefangenener des Generals de Meis und der Separatisten geworden ist. Er kann sich aus ihr nur befreien, indem er von den separatistischen Bestrebungen, die er durchaus nicht unterstützen, sondern bekämpfen wolle, unzweideutig abtrübt. Den Verdacht, als Spion der französischen Willkür durch die deutsche Entkräftung.

Der Gewerkschaftsrat deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände verurteilt ebenfalls in einer Rundgebung auf das entschiedenste die auf eine Loslösung der Pfalz hinstrebenden Verhandlungsversuche einzelner Parteien. Er verpflichtet seine Mitglieder, jede gegen die Reichseinheit gerichtete Bestrebung zu bekämpfen. Die Vorgänge in der Pfalz seien nur im Zusammenhang mit der schweren wirtschaftlichen Not der Bevölkerung zu erklären. Wie wir hören, hat sich der sozialdemokratische Führer Ludwig Bernoloffe dahin ausgesprochen, daß die Bismarcker Gewerkschaften gegen das Projekt Hoffmanns einmütig Stellung

nehmen. Ebenso sollen die Eisenbahngewerkschaften in Ludwigsbafen sich kritisch gegen den Plan ihres Genossen Hoffmann wenden.

Anfrage wegen Landesverrats

Gegen die pfälzischen Landesverräter wird, wie die Blätter hören, Anklage wegen Landesverrat erhoben werden, auf dem nach der bayerischen Notverordnung vom 11. Mai 1923 der Verlust der öffentlichen Ämter sowie die Todesstrafe steht.

Hoffmann, Wagner, Kleeftot

Zur Beurteilung der Aktion des sozialdemokratischen Triumvirats ist es nötig, sich auch einmal ihre Personallisten näher anzusehen.

Der Reichstagsabgeordnete Hoffmann-Kaiserlautern ist bekannt aus seiner Tätigkeit als Kultusminister im Ministerium Eisner und späterer Ministerpräsident. Derselbe Pfalz, die er mit seinen Genossen den Franzosen zu Füßen legt, soll ihm den Treueid leisten, ihm, der seinerzeit bei seinem Besuch in der Pfalz als Ministerpräsident ausgesprochen worden ist.

Dr. Wagner ist ein junger Rechtsanwalt in Speyer und 2. Bezirksvorstand der Pfalz (B.S.P.). Er fand bisher nichts dahinter, seit dem Kriege, wo er in den Hilfsdienst bei der Stadt genommen wurde, auf städtische Kosten sein Studium zu betreiben und auch jetzt noch Vorleser des Städt. Brennstoffamtes und gleichzeitig Rechtsanwalt zu sein.

Der zweite Bürgermeister Kleeftot in Ludwigsbafen ist geborener Hamburger (I), von Haus ausigarbeiter. Er brachte es zum Hauptkassierer der „Pfälzischen Post“ in Ludwigsbafen, als Uebergang zum Direktor des Konsumvereins d. selbst, und endete seine bisherige Laufbahn als 2. Bürgermeister der Stadt seit 1920. Er wurde von der damaligen W.S.P. als 2. Bürgermeister vorgeschlagen. Vorübergehend war er auch Mitglied des Baur. Landtags. Die ganze Art dieses Mannes kennt keine Beschränkung und Hemmung. Sein Vorhaben ist von roher Brutalität. Auf der anderen Seite ist er ein Mann, der wiederum rauh fürcht hat vor seiner eigenen Kurage. Als geborener Hamburger ist er sicher nicht berufen, über das Schicksal der Pfalz maßgebend zu bestimmen.

Kreisrat Heinz tritt aus der Deutschen Volkspartei aus

Der Vorsitzende der freien Bauernschaft der Pfalz und Mitglied des Pfälzischen Kreisrates Heinz Debus, der, wie berichtet, in der Besprechung der pfälzischen Verfassungskomitee und Parteien erklärte, daß er für Schaffung einer autonomen Pfalz auch außerhalb des Reiches in Deutschland eintrete, ist aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten.

Pfälzische Pressestimmen

Die „Volkspartei. Pfälz. Rundschau“ schreibt zu den Ereignissen in Speyer u. a. folgendes:

„Der Freitag ist eine unpolitische Körperlichkeit und nicht der geeignete Boden, um eine derartig schwerwiegende Frage zu erörtern oder gar zu entscheiden. Auch hätte die Bevölkerung vor der Stellung eines Antrags gehört werden müssen, denn es handelt sich hier nicht um die Sache einer einzelnen Partei, sondern um eine Angelegenheit, die das ganze Land angeht. In einem demokratisch regierten Staatswesen ist es undenkbar, daß man die Bevölkerung derartig von der Möglichkeit ausschließt, ihre Meinung zu äußern. Soweit sich die Sache von hier aus beurteilen läßt, macht das Verhalten der Herren den Eindruck, daß sie gar nicht begriffen haben, was es bedeutet, ein staatliches Band, das über hundert Jahre bestanden hat, zu lösen. Die Pfalz ist mit Bayern derartig verbunden durch die allgemeine Staatsverwaltung, durch das Beamtenamt, durch Verkehrsverbindungen usw. und nicht zuletzt auch durch viele wirtschaftliche Unternehmungen. Es wäre notwendig, erst einmal die Probe zu machen, wie weit die Autonomie gebilligt wird. Welche Kreise der Pfalz sind gewiß nicht mit dem gegenwärtigen Verhalten der bayerischen Regierung zufrieden, sie werden aber kaum für eine Loslösung zu gewinnen sein, denn man begt doch fast allgemein die Hoffnung, daß es bald zu einem Ausgleich kommen wird. Die deutsche Einheit ist unser letztes und höchstes Gut; sie gilt es zu bewahren.“

Die „Neue Pfälz. Landeszeitung“, das Organ der bayerischen Volkspartei in Ludwigsbafen, erklärt, daß der Mittwoch der ein Tag von geschichtlicher Bedeutung sei, die Entscheidung auch in gewissem Sinne tatsächlich gebracht habe und worin in einer Weise, daß die Pfalz mit Stolz alle Zeit auf diesen Tag zurückzuführen könne. Zwar nicht die ganze Pfalz, denn einige Kreise, vor allem einige Führer der pfälzischen Sozialdemokraten hätten eine so traurige politische Rolle gespielt, daß es ihnen kaum mehr gelingen dürfte, ihren Namen rein zu waschen. Das Blatt gibt der Hoffnung Ausdruck, daß auch diese Kreise glücklich überwunden und jede Gefahr für das Deutschsein der Pfalz abgemindert werde. Zum Schluß wird die Stellung zur Pfalzfrage nochmals dahin präzisiert, daß die Erhaltung der Pfalz in ihrem jetzigen staatspolitischen Zustand unentwegt eine der politischen Hauptaufgaben der bayerischen Volkspartei war, weil sie von Anfang an, eine Pfalz als eigenes Staatsgebilde als eine ständige Forderung betrachte, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch nationalpolitisch ein trauriges Schicksal erleben würde.

Die „Pfälzer Sta.“ in Speyer wendet sich sehr scharf gegen das Draht der sozialdemokratischen Partei, die „Pfälzische Post“. Sie schreibt: „Wenn diese Partei und ihr Draht dem Reich und der Pfalz dienen will, dann kann es nicht gegen Bayern geschehen. Hier handelt es sich nicht um politischen Ehrgeiz einer gewissen Größe in Bayern und München; auch nicht um persönlichen Haß gegen die, vor denen er weichen mußte, weil er sich als unfähig erwies, das Band weiter zu regieren; hier handelt es sich um das Ganze, und wer dem deutschen und pfälzischen Volke dienen will, steht nicht auf der Seite derer, die gegen Bayern hetzen; der fällt auch nicht herein auf die Lockungen eines Mannes, dessen Beweggründe eigenförmig sind. Wer dem Volk dienen will, hat einmütig zusammen mit der rechtmäßigen Vertretung der bayerischen Regierung und des pfälzischen Volkes.“

Auch die übrigen bürgerlichen Blätter im Lande nehmen einmütig und mit Entschiedenheit die Bildung eines selbständigen Staates Pfalz auch im Rahmen des deutschen Reiches entschieden ab.

Ausgewiesener Schriftsteller

Der stellvertretende Schriftleiter der „Pfälz. Landeszeitung“ in Bismarck, Otto Geyer, wurde von der französischen Besatzungsbehörde wegen Aufreizung zum passiven Widerstand und Beförderung der Besatzungstruppen ausgewiesen.

Die Reichskanzlerrede in Hagen

Nachdem der Reichskanzler gestern nachmittag mit den Vertretern der verschiedensten Berufsgruppen des besetzten Gebietes Verhandlungen gepflogen hatte, fand am Abend in der Stadthalle in Hagen eine große öffentliche Versammlung statt, die von dem Hagenen Oberbürgermeister Cuno eröffnet wurde. Nach verschiedenen Reden des Reichsministers Solmann und des Ministers für die besetzten Gebiete, Fuchs, nahm der Reichskanzler Stresemann, stürmisch begrüßt, das Wort und führte u. a. aus:

„Das unerhörte Ausmaß deutscher Not, das uns in diesen Tagen umgibt, hat uns hierher getrieben. Wir stehen heute auf dem Höhepunkt des Kampfes um Rhein und Ruhr. Ein Kampf, der mit ungleichen Waffen geführt wird. Auf französische und belgische Bojonee gestützt, versuchen die Separatisten, das Rheinland und andere deutsche Gebiete ihrer Gewalt zu unterwerfen. Wenn man den Deutschen, die gerne bereit wären, für ihr Vaterland einzutreten, nicht die Waffen vorenthält, wäre der Karnevalsluft der Sonderbündler in 24 Stunden zu Ende. (Stürmischer Beifall.) Im kommenden Winter drohen uns das Gespinnst steigender Arbeitslosigkeit, Preissteigerung und ein immer mehr zunehmender Währungsverfall. Dinge, die in einander greifen und Deutschland unaufhaltsam ins Elend stürzen. Die Ursache dafür liegt in der Politik Frankreichs. Den passiven Widerstand haben wir nicht abgebrochen, um die Gunst Poincarés zu erwerben, sondern aus Liebe zum deutschen Volk.“

Uebergehend auf einen der deutschen Regierung vorgelegten Vertrag, in dem sie die Rechte der französisch-belgischen Eisenbahnregie anerkennt, sagte der Kanzler mit steigender Erregung: „Man kann uns alles, Land und Eigentum rauben, man kann uns aber“

nicht zwingen, unsere Unterschrift unter diesen Raub zu setzen.

Dann ging der Kanzler auf die Verhandlungen der deutschen Wirtschaft mit den Franzosen ein und erklärte, die deutsche Regierung werde alles tun, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Sie habe sich bereit erklärt, trotz der finanziellen Notlage die Verzinsung und Abzahlung der Summe zu garantieren, die die Wirtschaft mit Hilfe ausländischer Kredite ausbringen will, um Reparationskosten an Frankreich zu liefern. Der Kanzler sieht Chaos und Hunger voraus, wenn es nicht gelingt, die Pläne der Reichsregierung in die Tat umzusetzen. Der Goldbestand der Reichsbank sei eine Hungerration. Die Verantwortung für eine kommende Hungerration liegt auf Frankreich, das das deutsche Elend durch die rechtswidrige Ruhrbesetzung verschuldet habe. Ganz entschieden sprach sich der Kanzler

gegen die Loslösungsbestrebungen der Pfalz

aus und bemerkte, daß hier das Reich auf seinen Bayerns-tänden. Nach der gestrigen Aussprache der Ministerpräsidenten der Länder sei eine baldige Einigung zwischen Bayern und Reich zu erwarten. Der Kanzler schloß mit einem Ausblick auf die Zukunft und bat, Vertrauen zur Regierung und zu sich selbst zu haben.

Der Kanzler rief die Hörer zu Stürmen der Begeisterung hin. Die dreitausendköpfige Menge sang darauf stehend das Deutschland-Lied.

Die Not des besetzten Gebietes

Am Kreishause zu Hagen fand heute eine Besprechung über die Lage im besetzten Gebiet statt, an der der Reichskanzler mit den Ministern für die besetzten Gebiete und des Innern, der preussische Ministerpräsident und Vertreter der politischen Parteien und Wirtschaftskreise aus verschiedenen Teilen des besetzten Gebietes teilnahmen. Der Reichskanzler erklärte mit allem Nachdruck, daß die Reichsregierung nicht im entferntesten daran denke, das besetzte Gebiet seinem Schicksal zu überlassen, und daß etwa in dieser Hinsicht bestehende Besorgungen absolut unbegründet seien. Er legte im einzelnen dar, in welcher Weise die Reichsregierung unter Berücksichtigung der kritischen Finanzlage des Reiches die finanzielle Leistung für das besetzte Gebiet geregelt habe. Dies solle auch weiterhin in den Grenzen der Leistungsmöglichkeit des Reiches sorgfältig werden. Zu den gegenwärtigen separatistischen Forderungen bemerkte der Reichskanzler, daß nach wie vor die Zurückverweisung solcher vaterlandlosen Bestrebungen erwartet werden müsse, und daß für die Reichsregierung und die Länderregierungen jeder Gebiete einer Loslösung der besetzten Gebiete vom Reich und den Ländern selbstverständlich unerhörbar sei.

Zu den Darlegungen des Reichskanzlers, denen der preussische Ministerpräsident für die preussische Staatsregierung in diesem Umfang beitrug, schloß sich eine mehrstündige Aussprache. Vor allem wurde dabei von den Vertretern des besetzten Gebietes auf die mit der ungeheuren Arbeitslosigkeit und der Lebensmittelmangel für die besetzten Gebiete verbundenen Gefahren hingewiesen. Die Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels für die besetzten Gebiete wurde als besonders dringlich bezeichnet. Die Vertreter der Reichsregierung sagten möglichst schnelle Hilfe zu. Ein wertbeständiges Zahlungsmittel werde nach Mitteilung des Vorsitzenden der Städtevereinigungen von den rheinischen Städten mit Genehmigung der Reichsregierung geschaffen werden.

Es wurde mitgeteilt, daß die Parteien des besetzten Gebietes zur Sicherung einer künftigen engen Verbindung untereinander und mit der Reichsregierung auf ihrer Zusammenarbeit bei den nötigen Verhandlungen auf wirtschaftlichem Gebiete einen Ausschuss von 15 Personen bereits eingesetzt hätten.

Der Konflikt mit Bayern

Eingreifen des Reichspräsidenten

Wie die „München-Kugb. Abendz.“ aus Berlin erfährt, hat Reichspräsident Ebert mit einem besonderen Handschreiben an den bayerischen Ministerpräsidenten in den Konflikt zwischen Bayern und dem Reich in dem Sinne einer Initiative zur Verständigung eingegriffen. Das Handschreiben weist auf die schweren außenpolitischen Auswirkungen hin, wenn der Konflikt nicht schnell durch eine Verständigung beigelegt werde, die das Ansehen des Reiches unter Beachtung der bayerischen Sonderwünsche wahre.

Mittel

□ Berlin, 26. Okt. (Von uns, Berl. Büro.) In Paris ist plötzlich im Alter von 48 Jahren der bekannte Publizist und Außenpolitiker des „Reit Parisis“, sowie der Direktor des „Europe Nouvelle“ Philippe Rilliet gestorben. Er war einer der bekanntesten französischen Journalisten, der sich als einer von den wenigen Franzosen bemühte, trotz seines stark betonten Nationalismus doch auch noch gegenüber Deutschland den Ereignissen von höherer Warte aus gegenüberzutreten.

Amerika und die Reparationsfrage

Englisch-amerikanischer Schriftwechsel

Am Donnerstag wurden in London wichtige Dokumente veröffentlicht, die zwischen der britischen und amerikanischen Regierung über die Möglichkeit der Teilnahme Amerikas an einer Konferenz zur Untersuchung der Mittel, die eine Lösung des Reparationsproblems schaffen könnten, ausgetauscht wurden.

Der Schriftwechsel beginnt mit einer Meldung Lord Curzons an die Washingtoner Regierung, in der der britische Staatssekretär des Aeußeren sagt:

Die Berichte, die in Amerika eingetroffen sind, werden die amerikanische Regierung mit der jetzt bestehenden Lage vertraut gemacht haben. Unter den europäischen Mächten besteht die Möglichkeit der Auffassung, die zu einer gemeinsamen Aktion und einer erfolgreichen Lösung notwendig ist. Keiner der von der britischen Regierung in den letzten neun Monaten an Ihre Mächten gerichteten Vorschläge habe genügende Unterstützung gefunden, um eine gemeinsame Aktion herbeizuführen. Die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten sei nach britischer Ansicht die Voraussetzung für irgendeinen wirklichen Fortschritt zur Lösung. Wenn auch Amerika in Folge seiner Lage und seiner Geschichte desinteressiert sei, so müßte es andererseits doch direkt von den europäischen Problemen herüber werden, wenn man die Frage der interalliierten Schulden. Kurzon läßt dann mit der Erklärung fort:

Als der amerikanische Staatssekretär Hughes im September 1922 seine Erklärung abgab, hätten Großbritannien sowohl wie Deutschland zu verstehen gegeben, daß sie die angebotene Unternehmung warm willkommen hießen und wenn immer diese Anregung von neuem aufkämme, fand sie stets die herzlichste Zustimmung der britischen Regierung. Die französische Regierung dagegen habe bisher immer eine verschiedene Ansicht angenommen und dieser Frage an Einstimmigkeit habe die englische Regierung verlangt, nachzuforschen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten eingeladen werde, die vorgeschlagene Unternehmung durchzuführen, daß sie Delegation entsenden, die entweder offiziell oder informell an den Verhandlungen teilnehmen. Wenn dieser Vorschlag keine einstimmige Annahme finde, so möchte die britische Regierung und die Majorität der Alliierten gerne wissen, ob sie auch dann auf eine Teilnahme Amerikas hoffen können. Kurzon fragt dann weiter an, ob Amerika auch für den Fall bereit sei, an den Verhandlungen teilzunehmen, wenn vorgeschlagen würde, die Unternehmung solle der Reparationskommission übertragen werden oder einer von ihr ernannten Kommission.

Am Schluß des Schreibens spricht Lord Curzon den Wunsch der britischen Regierung aus, sich den Vorschlägen der Vereinigten Staaten vom Dezember 1922, die neuerdings auch vom Präsidenten Woodrow aufrecht erhalten würden, anzuschließen. Die britische Regierung würde sich freuen, von der amerikanischen Regierung eine Antwort auf ihre Frage zu erhalten.

In der amerikanischen Antwort

Erklärt Staatssekretär Hughes den Amerikanern aus, daß unter den gegenwärtigen Umständen ein Kapazitätsplan notwendig wäre, um ein

wirtschaftliches Ungleichgewicht in Europa zu verbannen

wollen System für die ganze Welt nachteilig sein würden. Die Verantwortlichkeit der Verzerrung eines Planes liegt, da die Aufhebung des passiven Handels durch die deutsche Regierung eine bessere Weltwirtschaft herbeiführt und die langfristige Auffassung eines wirtschaftlichen Programms möglich macht. Hughes erklärt:

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist vollständig bereit, an einer Wirtschaftskonferenz teilzunehmen, an der die europäischen Länder teilnehmen, die zunächst von den deutschen Reparationen handeln, um Zweck der Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands von Reparationsleistungen und zur Erreichung eines Finanzplans zur Sicherstellung solcher Zahlungen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat nicht den Wunsch, Deutschland von der Verantwortung für den Krieg oder seiner Verpflichtungen zu entheben. Es soll klar hervorgehen, daß in der Angelegenheit, das Endziel zu erreichen, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands herbeigeführt werden muß, und daß man

Deutschland wiederherstellt, weil sonst Reparationszahlungen unmöglich sein

Die Konferenz soll nur einen beratenden Charakter haben, sie soll nicht verpflichten, die Regierungen zu binden; die naturgemäß nicht bereit sein würden, ihre Annahme im Voraus zuzusichern, sondern die Konferenz soll nur die Vorschläge einer durch aus informierten und unparteiischen Körperschaft entgegennehmen, die die Lösung der schwelenden Probleme anstrebt.

Die amerikanische Regierung hat fortgesetzt den bedeutenden Unterschied betont, der zwischen der deutschen Zahlungsfähigkeit besteht und dem praktischen Wert der Methoden für die Eintreibung der Zahlungen von Deutschland und der Schuldzahlungen der Alliierten an die Vereinigten Staaten.

Hughes fügt hinzu, die amerikanische Regierung könne zwar kein Recht für die Reparationskommission ohne Zustimmung des Kongresses erkennen, er bezweifle aber keinen Zweifel, daß ein kompetenter amerikanischer Bürger an einer wirtschaftlichen Unternehmung teilnehmen würde für den angegebenen Zweck. Nach Ansicht Amerikas ist eine amerikanische Teilnahme an den Verhandlungen aber nur möglich, wenn unter den europäischen Mächten, die wirklich daran beteiligt seien, Einstimmigkeit herrsche. Sollte eine solche Einigkeit nicht zustande kommen, so müßte sich die Regierung der Vereinigten Staaten die Entscheidung über ihre weiteren Aktionen vorbehalten.

Der Staatssekretär wiederholt, daß die amerikanische Regierung ihre Unterstützung zur Erreichung dieses Zieles in jeder durchführbaren Weise zu gewähren wünscht.

Eine Rede Mc Kennas

Der englische Bankier und frühere Schatzkanzler Mc Kenna erklärte in einer Rede in der Handelskammer von Belfast, England werde niemals mit Gleichgültigkeit eine erzwungene Verarmung großer Nationen und die Fortdauer ihres industriellen Lebens ansehen. Die Hauptursache der Fortdauer der Unordnung sei die französische Forderung des Ruhrgebietes gewesen. Vom Standpunkt der Reparationen gesehen, sei dieser Schritt von katastrophaler Erfolglosigkeit gewesen. Es sei klar, daß die Franzosen die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zerstörten. Das Ruhrgebiet sei nicht mehr ein Allotium, sondern ein Pottium und man werde sehen, daß Reparationen nicht von einem verfallenen und ruinierten Lande erzielt werden könnten. Das von der britischen Regierung gemachte Angebot sei nicht angenommen worden. England müsse daher das Problem neu erwägen, das nach Ansicht der Franzosen die Frage der interalliierten Schulden zwischen den Regierungen ebenso wie die Reparationen einschließt. Wenn trotz aller Bemühungen der Friede in Europa nicht erzielt werden könne, so müsse England seine Aufmerksamkeit anderswohin lenken und zusehen, ob es den Niedergang in seinem auswärtigen Handel nicht durch andere Entwicklungen in irgend einem Maße wieder zu machen könne.

Die neue deutsche Note

[2] Berlin, 26. Okt. (Von unv. Berl. Büro.) Es ist noch immer unbestimmt, wann die Beratungen der Reparationskommission über die deutsche Note erfolgen wird. Die Verzögerung soll nach einem Bericht der „Wirtschaftlichen Zeitung“ damit zu erklären sein, daß sich zwei Hauptdelegierte der Kommission, nämlich der Engländer Sir John Bradburn, sowie der italienische Delegierte zur Einholung besonderer Instruktionen nach London begeben. Nach Kommerzienrat Raue wird in diesem Umstand die Möglichkeit dafür erblickt, daß bei der Erörterung der durch die deutsche Note aufgeworfenen Fragen ernste Meinungsverschiedenheiten unter den Behörden zu Tage treten. Die französische Regierung scheint sich auf den Standpunkt stellen zu wollen, daß man der deutschen Regierung erst antworten könne, wenn Deutschland die Sachlieferungen wieder aufgenommen habe.

Besondere Bedeutung wird allgemein nicht zuletzt auch in Berliner politischen Kreisen, dem soeben in London veröffentlichten Dokumenten beigemessen, aus denen hervorgeht, daß der amerikanische Staatssekretär Hughes seinen bekannten Plan aufrecht erhält und die Bereitwilligkeit Amerikas zur gegebenen Zeit sich an der Lösung der Reparationsfrage zu beteiligen zum Ausdruck bringt.

Zustimmung zur Rede Smuts

Lord Londonderry erklärte in einer konservativen Versammlung in Bezug auf die Ruhrfrage, General Smuts habe die richtige Note getroffen. Er hoffe außerdem, daß die Worte des Generals in England auf fruchtbaren Boden gefallen seien und daß man die Entwicklung der Politik sehen werde, die Smuts angebahnt habe. Der einzige Weg auf dem England in dieser Richtung etwas tun könne, sei die Einberufung einer Konferenz der Mächte.

ausgeschafft, daß er seinen ganzen Einfluß aufwenden werde, um gegebenenfalls alle geeigneten Mittel zur Durchführung seiner Forderungen zur Anwendung zu bringen.

Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, als ob neuerdings auch die freien Gewerkschaften nicht mehr recht wissen, was sie sollen und wollen. Einmal wird gegenüber der kommunistischen Betriebsbewegung betont, daß die wirtschaftlichen Fragen ausschließlich zur Domäne der Gewerkschaften gehören, dann aber wieder macht man sich politische Forderungen zu eigen und geschwehe darüber des Staates. Das politische Kulturkampf ist übrigens um so größer, als die Gewerkschaften heute längst nicht mehr die Macht besitzen, wie 1918 und 1919.

Notendruck ist lebenswichtig!

Vom Befehlshaber im Wehrkreis 8 ist im Einverständnis mit dem Regierungskommissar seines Bereiches ein Verbot der Aufforderung zur Arbeitseinstellung in lebenswichtigen Betrieben ergangen. Zweifelslos fallen unter die in § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 angeordneten Gelände- und Gebirgsarbeiten. Bis lebenswichtige Betriebe im Sinne dieser Verordnung sind auch sämtliche Notendruckereien anzusehen.

Die Reichswehr in Sachsen

Die in Sachsen eingezogenen Truppen sind am 24. Oktober in der Gegend von Birna-Niederfeldig-Pöschappel, ferner Grimma, Bad Lauter, Borna und in Witten, Delitzsch und Blauen verbleiben. In den Ortschaften dicht westlich von Dresden griff die Reichswehr mehrfach gegen radikale Elemente ein, die sich zum gemeinsamen Handeln und die Reichswehr beschimpften. Ein Soldat wurde durch Messerstücke und ein Zivilist durch Kolbenschläge leicht verletzt. Ein Unteroffizier machte in der Notwehr von der Waffe Gebrauch und verwundete einen Zivilisten am Bein. Mehrere Verhaftungen sind vorgenommen worden, darunter in Freiberg 18 Bürger. In Borna wurde am 24. Oktober nachmittags ein Doppelverbot von der Menge beschimpft und bedroht. Der Posten forderte die Menge vergeblich zum Auseinandergehen auf und mußte schließlich von der Waffe Gebrauch machen, wobei ein Zivilist erschossen wurde.

Von den Truppen des Generals Heß wurden gestern einzelne Teile in die Gegend von Tharand verlegt. Nach Freiberg ist Kavallerie entsandt worden. Die in Delitzsch liegenden Truppen des Obersten Fahrenbach wurden nach Falkenhausen verlegt. Im Dresdner Polizeipräsidium wurde eine Kompanie bereitgestellt, um für die Polizei im Innern der Stadt jederzeit als Rückhalt zu dienen und um den Schutz der Schachhastgefangenen unbedingt sicherzustellen.

Ein Detachier

[2] Berlin, 26. Okt. (Von unv. Berl. Büro.) Wie aus Dresden gemeldet wird, befinden sich unter mehreren von der Reichswehr in Schußhaft genommenen Regierungskommissaren der Regierungsrat Hauffe, Chef der politischen Polizei, ferner Polizeihauptmann Richter und mehrere Beamte der politischen Polizei. Regierungsrat Hauffe steht im Verdacht, eine von der Reichswehr beschimpfte Waffensachverständigen durch vorherige Kenntnis der Sachlage (i) der Wehr zu helfen. Die Verhängung der Schußhaft gab natürlich Dr. Sejaner obermals Veranlassung zu heftigen Ausfällen im Bundtag.

Die Umtriebe der Separatisten

Die Sonderbändler wieder in Kachen

Auf die Nachricht hin, daß das Regierungsgebäude in Kachen verhältnismäßig schwach von Sonderbändlern besetzt sei, beschloß die Polizei, von dem Regierungsgebäude Besitz zu ergreifen. Es gelang ihr auch, morgens ohne daß ein Schuß fiel, in das Gebäude einzudringen. Ein Teil der Sonderbändler wollte sich der einbrechenden Polizei mit hochgehobenen Händen ergeben, als plötzlich mehrere belagerte Soldaten und Gendarmen hinter den Bänken herantraten und sie zum Verlassen des Gebäudes aufforderten. Der Gewalt wehend, verließen die Bändlinge wieder das Gebäude. An der Ecke der Hindenburgstraße bei der Kondobank stehen sich darauf von hinten mehrere Schüsse auf die Polizeibeamten, wodurch ein Beamter verletzt wurde. Das Regierungsgebäude ist jetzt wieder von den Sonderbändlern besetzt und zwar wie es scheint in anderer Zahl. Die Absperrung der Umgebungen des Regierungsgebäudes, die gestern noch von der deutschen Polizei vorgenommen war, ist jetzt in den Händen der belagerten Gendarmen und Militärs. Belgische Gendarmen schloßen mit Mummienbündeln auf freiliegende Balkone ein. Die Polizei ist im Gebäude des Polizeipräsidiums versammelt und erwartet einen Anruf. Die Belagerung tritt unverändert für die Sonderbändler ein.

Die Technische Hochschule ist von der Rheinlandkommission sofort bis auf weiteres geschlossen worden. Wie sich Studen den an den Ruhetagen vom 22. und 23. Oktober betätigen haben sollen. Alle Studenten der Technischen Hochschule, die nicht Kachener sind, müssen bis zum 27. Oktober die Stadt verlassen.

Die sozialdemokratische „Freie Presse“ wurde von den Sonderbändlern verboten. Die anderen Zeitungen sollten sich der Zensur unterwerfen. Das Gebäude des „Kachener Volksfreund“ wurde besetzt. Die Zahl der gestellten Schupo-Beamteten wird bis jetzt auf vier angegeben.

In Trier

haben, wie die Saarbrücker „Volksstimme“ meldet, die Sonderbändler die Beamten mit Waffengewalt aus dem Rathaus vertrieben. Sie gehen mit Karabinern über die Straße, ohne von der Belagerung gehindert zu werden. Der Führer der freien Gewerkschaften, Dehne, wurde verhaftet und von den Sonderbändlern schwer misshandelt.

In Aachen

einigte man sich dahin, daß die Polizei unter Belassung ihrer Waffen mit Ausnahme der Schußwaffen freien Abzug erhielt und nach ein paar Tagen der Ruhe den Sicherheitsdienst wieder zu übernehmen hat. Die Verwaltung soll von den Beamten weiter geführt werden. Die Verhandlungen zwischen den Sonderbändlern und der Stadtverwaltung haben im übrigen noch zu keinem Ergebnis geführt, werden aber fortgesetzt. Am Nachmittag fanden Besprechungen mit den Vertretern der Freie Presse statt. Dabei sollten die Richtlinien nur die Haltung der Zeitungen, die unter Zensur weiter erscheinen dürfen, festgelegt werden. Die auswärtigen Zeitungen wurden von den Sonderbändlern beschlagnahmt. Wie weiter gemeldet wird, wurde kurz vor Einstellung des Feuers ein Polizeibeamter durch einen Kopfschuß getötet. Außerdem wurden zwei Zivilisten erschossen. Der schwer verletzte Polizeikommissar Schneider ist seinen Verwundungen erlegen. Leider die Stadt wurde eine Straßensperre von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verhängt. Der Parteisekretär der Deutschen Volkspartei und der Vorsitzende des Kreisverbandes der Gewerkschaften wurden als Geiseln festgenommen.

In Bonn

marschierte die französische Besatzung auf Befehl Tirards mit Maschinengewehren zum Rathaus und besetzten es. Die grünweiße Flagge ist wieder gehißt und die Republik wieder hergestellt worden.

Wie der „Kön. Volksz.“ mitgeteilt wird, ist der Belagerungszustand verhängt worden. Von abends 7 Uhr bis morgens 7 Uhr durchziehen Kavallerieabteilungen die Straßen. Im Laufe des Vormittags und auch Nachmittags wurden verschiedene Sonderbändler aus ihren Wohnungen geholt und verhaftet.

Nach einer Meldung desselben Blattes aus Schleiden haben Sonderbändler, die seit Montag nach dem Landhaus besetzt hatten, den Landrat Graf Spee gewaltsam aus seiner Wohnung entsetzt und mittels Autos nach Daun gebracht. Die Besatzungsbefehle hat Ansammlungen in den Straßen verboten.

In Wiesbaden

wurden, den Blättern zufolge, sieben Polizeibeamte von den Besatzungsorganen ausgewiesen, während Polizeirat Beuth seines Amtes enthoben wurde. Die Separatisten hatten das Regierungsgebäude, das Rathaus, die Polizeidirektion und das Landhaus noch immer besetzt.

Am Dienstag nachmittag erhielten in Biebrich ein Sonderbändlern besetztes Automobil, das jedoch angesichts der Menschenansammlung am Rathaus bald wieder kehrt machte. Am Abend griff mehrmals Kanallerie ein, um die Ansammlungen in der Rathausstraße zu zerstreuen. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Bei einer Gegenaktion wurden heute die Sonderbändler aus dem Rathaus von Gail in der Eifel vertrieben.

Der Koblenzer Oberbürgermeister Dr. Ruffel wurde ausgewiesen.

Der Rüstener Putz vor Gericht

Im Hochverratsprozess wies, nachdem der Staatsanwalt erklärt hatte, daß an dem rechtlichen Standpunkt der Anklage, die auf Hochverrat (§ 81, Ziffer 2) laute, schließlich das Gericht im Amtswegen der Angeklagten darauf hin, daß ihre Verurteilung auch erfolgen könne aus § 84 in Verbindung mit § 83 (Verbreitung eines hochverräterischen Unternehmens, ohne daß es zum Beginn des Hochverrats im Sinne des § 82 gekommen ist), sowie aus § 86 (jede andere, ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitende Handlung), sowie aus § 114. Es ist beabsichtigt, die Verhandlungen am Freitag beginnen zu lassen. Die Urteilsverhandlung ist für Samstag vormittag in Aussicht genommen. Der Antrag der Verteidigung auf Haftentlassung der Angeklagten Ritta, Burghard und Dabrowsky wurde abgelehnt. Am Montag und Dienstag findet im Schwurgerichtssaal eine Verhandlung gegen mehrere, in die Rüstener Vorfälle verwickelte Angeklagte statt.

Letzte Meldungen

Münchener Kommentare zu den Pfälzer Vorgängen

Zu den Vorgängen in der Pfalz, die von den Münchener Blättern an erster Stelle behandelt werden, schreiben die „Münc. N. N.“: Der deutsche Gedanke leidet! Das ist der tiefe Sinn der Pfälzer Treueundgebung. Der deutsche Gedanke wird weiterleben und durch Bayern trotz Schwärzung und Hese.

Die „Münc. N. N.“ laßt es sich hochverrat, was von dem früheren Ministerpräsidenten Hoffmann gemacht worden sei. Lediglich habe Hoffmann dem Kriege in die Hände gearbeitet. Auch der „Bayerische Kurier“ bemerkt, wieder einmal hätten Sozialdemokraten die Rolle des Hochverräteres übernommen. Die Sozialdemokratie im pfälzischen Kreisrat habe dagegen eine andere Auffassung. Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ führt aus, umsonst hätten die enger Besetzungen Hoffmanns zu dem Reich nicht bestanden, er sei offen zum Reich übergegangen.

Die Berliner „Einheitsfront“ geßeltet. Die Verhandlungen von Vertretern der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen Sozialistischen Partei (Sebestur) und der Kommunistischen Partei mit Vertretern der Gewerkschaftskommission über die Bildung einer „Einheitsfront“ sind an den unerfüllbaren Forderungen der Kommunisten gescheitert.

[2] Berlin, 26. Okt. (Von unv. Berliner Büro.) Wie gestern ein Vertreter des Berliner Magistrats in der Stadtkonferenz mitteilte, ist es gelungen, den Brotpreis auf die Dauer von 1 1/2 Wochen auf 10 Milliarden zu stabilisieren.

Wucherbekämpfung

Vor kurzem fand in Halle eine Sitzung der Mitteldeutschen Preisprüfungsstellen unter Teilnahme von Vertretern der Zentralverbände statt, auf der wichtige Fragen der Wucherbekämpfung besprochen wurden.

Der Einzelhandel ist an seiner Preisgebardung durch die Vorschriften der Wucherbekämpfung gehemmt. Ihm bleibt nichts anderes übrig, als das sogenannte Grund- und Schlüsselgeschäft einzuführen.

Für Lebensmittel und bäuerliche Waren ist das Schlüsselgeschäft nicht brauchbar. Die Behörden sind neuerdings dazu übergegangen, für denartige Waren besondere Rotierungen aufzustellen.

Städtische Nachrichten

Die Versorgung

der badischen Städte mit Speisefkartoffeln

Die Badische Landwirtschaftskammer schreibt an: Bekanntlich gehört Baden mit zu den Haupterzeugern von Speisefkartoffeln, da infolge einer dichten Bevölkerung und der sehr vielen Kleinbetriebe die im eigenen Lande erzeugten Kartoffelmengen bei weitem nicht ausreichen.

Naturwissenschaftliche Rundschau Volksauslese

In der 'Rundschau' entwickelt Professor A. Basler in einem kritischen Gedanken über den Volksaufstieg, die von der heute üblichen Massenbildung abweichen und deshalb besonders beachtenswert erscheinen.

Es geht hier wie am tagelichen Leben, wo derjenige, der mehr leistet, auch mehr Aussicht hat, sich durch das Leben zu schlagen. Wer den Konkurrenzkampf nicht bestehen kann, wird in den Hintergrund gedrängt.

Soll durch die Auslese wirklich etwas erreicht werden, dann darf sie sich nicht auf Einzelindividuen beschränken, sondern sie muß sich auf ganze Reihen von Generationen erstrecken.

Diesem Jahre wieder bemüht, soweit es in ihren Kräften liegt, Speisefkartoffeln nach Baden einzuführen. Diese Bemühungen stoßen aber auf nicht geringe Schwierigkeiten, da die beiden Nachbarländer Württemberg und Bayern Ausfuhrverbote für Kartoffeln erlassen haben.

Die Badische Landwirtschaftskammer, die sich auch zur Aufgabe gestellt hat, die Kartoffeln in den Städten Badens mühselig zu lindern, und für die Landeshauptstadt Speisefkartoffeln vermittelt, hat sofort beim badischen Ministerium des Innern eine dringliche Eingabe vorgelegt.

Der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften, der zu der amtlichen Auslösung über die Trostlosigkeit der Kartoffelerzeugung Stellung nimmt, stellt fest, daß, trotzdem Rechte für die Kartoffelbeschaffung rechtzeitig verlangt wurden, die Genossenschaft verhältnismäßig spät und unzureichend mit Mitteln versorgt worden sei.

Das Baden und Schwimmen im Winter

Nehe denn je ist es heute nötig, daß sich die Allgemeinheit für die Pflege der Volksgesundheit interessiert und diese auf jede Art und Weise fördert. Gesundheitspflege und Körper-Erhaltung sind aber nur da möglich, wo für eine gute und vernünftige Abhärtung Grundvoraussetzungen geschaffen sind.

Um aber hier das Nötige zu treffen, ist es nötig, daß man sich an gewisse Richtlinien hält, die für eine gute Abhärtung und Gesundheitspflege auch Gewähr bieten. Diese sind sehr einfach und für jeden leicht verständlich.

Menschenleben der Amnestieprozess von neuem begonnen werden soll. Der Vergleich mit den Bohnen hinkt allerdings wie jeder Vergleich. Denn bei den Bohnen handelt es sich tatsächlich um dieselben Individuen, beim Menschen nur um Nachkommen.

Das sind im großen Ganzen die sozialen Richtlinien, auf denen der Aufbau des Vorklassikers, die Entwicklung eines guten Volksgenossen beruht; leider hat auf sie der Einzelne wenig Einfluß, da sie sich der Hauptsache nach auf staatliche Institutionen gründen.

Es geht hier wie am tagelichen Leben, wo derjenige, der mehr leistet, auch mehr Aussicht hat, sich durch das Leben zu schlagen. Wer den Konkurrenzkampf nicht bestehen kann, wird in den Hintergrund gedrängt.

Sehr schädlich ist es, im kalten Badeanzug in der Halle herumzustehen, denn das Abtrocknen des Trötens am warmen Körper ist sehr nachteilig. Man muß vielmehr durch dauernde Bewegung den Körper warm halten und dies geschieht am besten, wenn man die festgefrorenen Badegewässer dazu benützt, alle Zwecke des Schwimmens zu erlernen.

Gewöhnt man sich daran, während des ganzen Winters jede Woche regelmäßig ein bis zweimal auf diese Weise zu baden und zu schwimmen, so wird sich der Körper noch und noch nicht nur besonders kräftigen und fähigen, sondern er wird auch in so vollkommenem Maße abgehärtet und widerstandsfähig, wie dies auf anderem Wege gar nicht ermöglicht werden kann.

Sterbende Geselligkeit

Der Heimatdichtler Ferdinand Jacchi schreibt hierüber in den von ihm herausgegebenen kernigen und gemütsstiefen Heimatblättern, der 'Alderdeutschen Rundschau':

Ohne Zweifel verliert Stück um Stück der guten deutschen Geselligkeit. Die Kunst der Geselligkeit verliert. Im Theater und Konzertbesuch werden sehr viele im kommenden Winter nicht mehr denken können. Das gute Buch, dieser liebe Fremde des Feiertags, wird unerschwinglich.

So laßt uns denn versuchen, das edle Gut der winterlichen Geselligkeit zu retten, so viel wir können. Nicht die Rodenschau und die Kaffeezeit der sog. guten alten Zeit hat das Licht und die Wärme der Stube teilen mit lieben Winterknechten — das wird schon viel sein in den kommenden Monaten.

* Sozial- und Kleinrentnerfürsorge. Die Reichsrichtsitzungen, die der Berechnung von Unterhaltungen für Sozial- und Kleinrentner auf Grund der Verordnung vom 14. August 1923 (RGBl. S. 794) zugrunde zu legen ist, betragen nach dem Stand vom 18. Okt. 1923 691 000 000 Mark und nach dem Stand vom 22. Okt. 1923 3045 Millionen Mark.

hauptliche von den Vorgängen auf der Sonne ab: man hat festgestellt, daß die Erdtemperatur in den kälteren Jahren etwas niedriger ist als in den wärmeren Jahren; auch ist oft beobachtet worden, daß beim Ausströmen größerer Sonnenflecken ein Sinken der Temperatur eintritt.

Aber die Wirkung der Sonnenflecken erstreckt sich noch weiter; auch historische Vorkommnisse scheinen unter dem Einfluß jener merkwürdigen Vorgänge zu stehen. Die Zu- und Abnahme der Sonnenflecken erfolgt in Zeiträumen von durchschnittlich 11 Jahren; diese durchschnittliche Dauer wird aber nicht allzuweit erreicht, sondern viel häufiger ist die Abweichung davon.

Es ist nun merkwürdig, daß während der langen Perioden besonders lange verheerende Kriege und Revolutionen häufiger vorkommen, während es in den kurzen Perioden verhältnismäßig ruhig zugegangen ist. So fällt in die sehr lange Periode von 1608—34 die erste Hälfte des Dreißigjährigen Kriegs, in die Periode von 1698—1712 der Spanische Erbfolgekrieg, der von 1701—14, und der Nordische Krieg, der von 1700—21 dauerte.

Alle diese Tatsachen könnten vielleicht zu der Annahme verleiten, daß die Sonnenflecken auch einen gewissen Einfluß auf die Geschichte der Menschheit haben?

Der Frankfurter Magistrat geht gegen den Wucher mit Baustoffen vor

Auf Grund von Eingefällen beschloß der Frankfurter Magistrat, die derzeitigen Frankfurter Preise für Sand und Schiefer dem Wuchergericht zur Prüfung zu überweisen.

Kleine Mitteilungen

Der Heidelberger Straßenbahnverkehr hat eine ganz gemächliche Einschränkung erfahren, und zwar werden an drei Stunden des Vormittags und an zwei Stunden des Nachmittags überhaupt keine Straßenbahnen verkehren.

In Frankfurt wurde der Gaspreis von 1570 auf 2163 Mill. Mark erhöht. Der Preis des Lichtstromes beträgt gegenwärtig 2450 Mill., der des Kraftstromes 1470 Mill.

In Berlin folgte seit Donnerstag eine Straßenbahnfahrt 800 Mill. Die alten Tarife sind entsprechend gestiegen.

Aus dem Lande

Wingen, 24. Okt. Am Samstag nachmittag wurde hier in seiner Heimat der bei den Unruhen in Mannheim ums Leben gekommene, erst 20 Jahre alte Örtner Adam Baumann unter außergewöhnlich zahlreicher Beteiligung fast des ganzen Dorfes zu Grabe getragen.

Z. Dörfelheim, 25. Okt. Am verflohenen Donnerstag wurden hier durch die Firma Oppenheimer Tabakgruppen aufgekauft und verpackt. Die Firma ließ durch den Dringlichen bekanntgeben, daß sie für den Zeitraum 20-25 Milliarden Mark bezahle.

Neulohheim b. Schwetzingen, 25. Okt. Einige Jungen von hier beschloßen gestern, auf die Telegraphendrähte eine weiße Rinde zu legen.

Karlsruhe, 25. Okt. Das Oberhaupt der protestantischen Religionsgemeinschaft Rabbiner Dr. Schiffer, der, wie in unserem gestrigen Mitteilungsblatt gemeldet, von einem Straßenbahnwagen angefahren und schwer verletzt wurde, ist seinen Verletzungen erlegen.

Offenbach, 25. Okt. Nachdem kürzlich ein Kartoffelzug von Dettenberg kommend in den Bahnhöfen eingefahren ist, dem noch andere folgen sollen, wurde jetzt auch ein Rohzug von Offenbach nach dem Güterbahnhof verschoben, von wo er ins Gesammt kam.

Willingen, 24. Okt. Nach dem herrlichen gelrigen Spätherbsttag brachte die Nacht einen neuen Wettersturz, bei dem Regen und Sturm um die Mittagszeit künftigen. Der herrliche Sturm war heute mittag auch die Veranlassung der Farmierung der Automobilpötte, indem von einer elektrischen Fernleitung ein Draht riß, der auf die Warmleitung fiel, worauf sofort in den Wohnungen das Glöckchen ertönte.

Freiburg i. Br., 24. Okt. Ein Aufruf des Oberbürgermeisters an die Industriefirmen der Stadt, zur Bänderung der Not der Arbeitslosen, der Sozialen und Kleinrentner beizutragen, hatte Erfolg, jedoch eine größere Summe zur Anschaffung einer Lebensmittelkategorie bereitgestellt werden kann.

Waldkirch, 24. Okt. Die Räte, Gutshöfe sind dieser Tage als Regel zur Ausgabe gelangt. Sie enthalten folgenden Vers: Als Heiberloh muß ich hinaus, Wenn gar kein ander Geld im Haus, Nehmt mich nur an, mein Hinterhalt, Das ist der große Handweid.

Hegnau, 24. Okt. Ein Kürschner aus Hirsch möchte in der Nacht zum Samstag mit seinem Auto die erste Probefahrt. In der Nähe des hiesigen Ortes geriet das Auto plötzlich auf noch unangelegte Weife in Brand und wurde vollständig ein Raub der Flammen.

Konstanz, 25. Okt. Selbstne Hunde, die einen schweren Transportraub verurlichen lassen, wurden in den letzten Tagen hier gemacht. Am Sonntag den 14. Oktober wurde im Rhein schwimmend unterhalb der Rheinbrücke ein fast neuer, großer gelber Scharfaffel, sog. Wädel-Koffer, erbrochen und seines Inhalts beraubt gefunden.

Von der Insel Reichenau, 24. Okt. Zu diesen Szenen kam es am letzten Samstag und Sonntag auf der Insel Reichenau, wo bei dem neuen Wein Anbauversuch herrschte. Trotz der sehr kalten Witterung mußte man sich wundern, daß es nach so vielen Tagen gibt, die Geld in Hülle und Fülle zum Weinranken haben.

Nachbargelände, 25. Oktober. Unter Bilzvergiftungserscheinungen schwer erkrankt ist eine 10-jährige Bahnarbeiterfamilie von hier. Die Personen wurden nach dem Städt. Krankenhaus verbracht.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Oktober

Table with 2 columns: Station, and 10 columns for days of the month (1-10, 11-20, 21-30, 31). Rows include Rheinfelden, Mannheim, Karlsruhe, etc.

Mannheimer Wetterbericht v. 26. Okt. morgens 7 Uhr

Barometer 760.1 mm, Thermometer 10.7 C. Niederschlag 1.4 mm

Mannheimer städtische Kohlenanleihe

Wie bekannt, haben die städtischen Kollegien vor einiger Zeit die Ausgabe einer Kohlenanleihe beschlossen.

Die hiesigen Banken und Bankiers sowie die städt. Sparkasse haben nun den kommissionsweisen Verkauf übernommen.

Aus Handel und Industrie

Mannheimer städtische Kohlenanleihe

Wie bekannt, haben die städtischen Kollegien vor einiger Zeit die Ausgabe einer Kohlenanleihe beschlossen. Die hiesigen Banken und Bankiers sowie die städt. Sparkasse haben nun den kommissionsweisen Verkauf übernommen.

Die geplante Erhöhung der Umsatzsteuer

Der Zentralverband des Deutschen Großhandels hat das folgende Telegramm an die Mitglieder des Reichsrats gerichtet: Hören, daß Umsatzsteuer entgegen den Beschlüssen des Finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats durch Reichsratsbeschluss auf 2 1/2 Prozent erhöht worden ist.

Reichskabinett und Reichsbankgesetz

Wie von zuständiger Seite gemeldet wird, hat sich das Reichskabinett gestern mit der Aenderung des Reichsbankgesetzes befaßt. Durch das Gesetz soll die Reichsbank ermächtigt werden, Goldmarknoten auszugeben.

Gewaltige Erhöhung der Großhandelsindexziffer

Die auf den Stichtag des 23. Oktober berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ergibt das 14,8 milliardenfache der Vorkriegspreise und ist gegenüber dem Stande vom 16. Oktober um 1287 Prozent gestiegen.

Die Aufnahme russisch-französischer Bankbeziehungen

Der Direktor der russischen Staatsbank, Scheinmann, der sich augenblicklich in Paris aufhält, erklärte einem Journalisten, er sei einzig und allein gekommen, um Bankbeziehungen herzustellen, die die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Russland nötig machten.

Schloßfabrik Rastatt A.-G., Rastatt.

Die Gesellschaft erzielte im ersten Geschäftsjahr nach (in Mill. M.) 12,96 Abschreibungen 29,34 Reingewinn, woraus 200 Prozent Dividende p. r. l. verteilt, 7,07 der Reserve, 10 dem Arbeitsunterstützungskonto zugewiesen und 3,45 vorgetragen werden.

Schnellpressenfabrik Frankenthal Albert A. Cie., A.-G.

Frankenthal (Pfalz). In der am 24. Oktober 1923 stattgehabten 34. o. G.-V. wurden die Vorschläge der Verwaltung einstimmig genehmigt. Es kommt danach eine Dividende von 50 Goldpfennigen, umgerechnet zum amtlichen Frankfurter Dollarmittelkurs vom 23. Oktbr., zur Ausschüttung.

Werthbeständige Hypotheken.

Ein dem Reichsrat vorliegender Entwurf zur Durchführung des Gesetzes über werthbeständige Hypotheken sieht vor, daß als Maßstab einer werthbeständigen Hypothek der an einer deutschen Börse amtlich festgelegte Kurswert des nordamerikanischen Dollars für den Fall zugelasen wird, wenn die Hypothek zur Sicherung einer Anleihe dient.

Goldpfandbriefe der Preussischen Landespfandbriefanstalt.

Ein unter Führung der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) stehendes Konsortium von Großbanken und namhaften Bankhäusern fordert zur Zeichnung von 5 Prozent reichsmündelsicheren Goldpfandbriefen der Preussischen Landespfandbriefanstalt (Berlin SW 68, Schützenstr. 26) auf.

Deutsche Wirtschaftsbeziehungen zu Columbien.

Unter dem Namen Informationsbureau der Republik Columbien hat die Regierung von Columbien in Hamburg, Neuer Jungfernstieg 1, ein Bureau eröffnet, durch dessen Vermittlung die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Columbien gepflegt und erweitert werden sollen.

Börsenberichte

Essener Börse vom 22. Oktbr. Fränkische Türen- und Möbelfabrik in Hardheim (Baden) 5-6 Milliarden Prozent; Schneider u. Co. in Heidelberg-Kirchheim 4-5 Milliarden Prozent; Greifwerke A.-G. vorm Peter Kohl in Mannheim-Neckarau 10-12 Milliarden Prozent.

Devisenmarkt

Table with columns for New York, London, and other locations, showing exchange rates for various currencies.

Waren und Märkte

Berliner Metallbörse vom 25. Oktbr.

Table showing prices in Billionen Mark for 1 kg of various metals like Elektrolytkupfer, Raffinadekupfer, etc.

Amerikanischer Funkdienst

Table with columns for New York, London, and other locations, showing rates for telegrams and other services.

Chicago, 26. Oktbr. (WB) Funkdienst

Table showing rates for telegrams and other services in Chicago.

